

Call for events /Ankündigungstext

„Antifaschismus bleibt notwendig“

Themenwochen zu Geschichte, Gegenwart und Gegenstrategien im Kampf gegen die extreme Rechte

Vor 100 Jahren, am 29. Juli 1923, stürmten bewaffnete extrem rechte Akteure aus dem Spektrum der völkisch-nationalistischen „vaterländischen Verbände“ das Rosenheimer Gewerkschaftshaus, verprügelten die anwesenden Arbeiter:innen und ermordeten den Gewerkschafter Georg Ott. Der Schlosser Ott war SPD-Mitglied und hatte im Gewerkschaftshaus an diesem Tag die Wahlen zum Verbandstag der Metallarbeiter geleitet. Dieser rechte Mord ereignete sich während eines von der KPD im ganzen Reich veranstalteten Antifaschistentags. Bereits am Vormittag hatte die Polizei das Gewerkschaftshaus in der Kaiserstraße durchsucht und ein ganzes Bündel „aufreizender Plakate“ beschlagnahmt, welche nachts an zahlreichen Häusern angebracht worden waren.

Heute – 100 Jahre später - wissen wir, dass der Faschismus zu den größten Gräueltaten gegen die Menschheit führte. Wir wissen aber auch, dass Faschist:innen bis heute Menschen bedrohen, angreifen und ermorden, und so ist es leider immer noch wichtig zu betonen: „Antifaschismus bleibt notwendig“!

Erstmals seit Gründung der Bundesrepublik sitzt mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) eine extrem rechte Partei im Bundestag und in allen Landesparlamenten sowie im Europaparlament. Der Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Antifeminismus, der in der Bundesrepublik immer vorhanden war, hat nun Ausdruck in Wahlergebnissen gefunden. Die AfD ist Sammlungspartei der Rechten – von den Stammtisch-Rassist:innen über rechte Schläger:innen bis zu Neonazis in Hemd und Kragen. Die AfD ist der parlamentarische Arm der extremen Rechten. Leider ist zu befürchten, dass sie im Oktober zum zweiten Mal in den bayrischen Landtag einzieht und das wollen auch die lokalen Abgeordneten Andreas Winhart und Franz Bergmüller.

Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft, unabhängig von Herkunft, sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität, Religion oder Behinderung eines Menschen, wie sie z.T. auch im Grundgesetz (Art.3) verankert ist. Im Rosenheimer „Bündnis gegen rechte Hetze“ haben sich Gruppen zusammengefunden, um für eine vielfältige Gesellschaft einzustehen und u. a. über die Gefahr rechter Akteure und Ideologien aufzuklären.

Im Juni/Juli 2023 planen wir deswegen eine Veranstaltungsreihe, in der nicht nur die Gefahren rechter Ideologien thematisiert werden, sondern auch Position für eine plurale, auf Menschenrechten basierende Demokratie bezogen wird.

In diesem Sinne: **„Antifaschismus bleibt notwendig!“**